

Medienmitteilung

Ratschlag zur Stärkung der Partnerschaft BL/BS

Sperrfrist: bis zum Beginn der Pressekonferenz

JA zu einer starken Region und zur einer einmaligen Lösegeldzahlung

Die BDP Basel-Stadt traf sich gestern zu einer ausserordentlichen Vorstandssitzung um über den Entscheid des Grossen Rates von letzter Woche zum 80. Millionen-Deal mit Baselland zu diskutieren und über die Fragen zu entscheiden ob die BDP Basel-Stadt das Referendum zu diesem Deal ergreifen wird oder nicht.

Nach ausführlicher und emotionaler Diskussion innerhalb des Vorstandes der BDP hat sich die BDP Basel-Stadt entschieden kein Referendum gegeben den Deal mit Baselland zu ergreifen, obwohl die BDP Basel-Stadt in den letzten Tage immer wieder positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten hat. Das nach Ansicht der BDP zutiefst undemokratische Vorgehen des Regierungsrates lässt es nicht zu das der Souverän des Kantons Basel-Stadt sich zu diesem 80. Millionen-Deal äussern kann. Denn eine allfällige Abstimmung zu einem Referendum würde erst im neuen Jahr stattfinden und Baselland hätte dann mit grosser Sicherheit bereits die Verträge mit Basel-Stadt gekündigt.

Aufgrund des zutiefst undemokratischen Vorgehen des Regierungsrates fordert die BDP den Regierungsrat auf in Zukunft bei partnerschaftlichen Geschäften mit einer solchen Tragweite genügend Zeit einzuplanen und sich nicht vom Wahlkampf ablenken zulassen und dem Souverän und den Parteien die Chance zu geben darüber abstimmen zu lassen.

Die BDP befasste sich intensiv und lange mit dem Ratschlag. In den letzten Tagen kamen für die BDP positive Signale aus dem Nachbarkanton wie die gemeinsamen Medienmitteilung der Bildungs- und Kulturkommission sowie der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rat und der Bildungs-, Kultur und Sportkommission des Landrates welche sich in Ihrer Medienmitteilung gemeinsamen für die Stärkung der Universität und damit für die Partnerschaft der beiden Kantone aussprachen. Zudem nahm die BDP auch den Ausgang der Abstimmung zur ELBA-Vorlage zur Kenntnis, welches der BDP Basel-Stadt zeigte das die Bevölkerung des Nachbarkantons auch bereit ist Einsparungen in Kauf zu nehmen.

In diversen konstruktiven und offenen Gesprächen mit Regierungsvizepräsident Dr. Eva Herzog sowie mit Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger und weiteren Mitgliedern des Regierungsrates sowie mit diversen Parteien und der BDP Basel-Landschaft konnten die Fragen und Sorgen der BDP diskutiert werden.

Jedoch konnte kein Regierungsratsmitglied der BDP Basel-Stadt garantieren, dass man in vier Jahren nicht wieder vor der gleichen Situation stehen werde wie heute. Die BDP fordert den Regierungsrat eindringlich auf dafür zu sorgen dass sich beide Kantone nicht wieder in vier Jahren vor einem grösseren Scherbenhaufen treffen.

Es ist erklärtes Ziel der BDP Basel-Stadt nun für die Zukunft der gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel einzustehen und einen Schlussstrich unter die vergangene Partnerschaft und der Fusionsabstimmung zu setzen und mitzuhelfen ein neues Fundament der Partnerschaft zu schaffen.

Partnerschaft muss gelebt werden! Auch wenn dies heisst das der eine Partner dem anderen Partner finanziell unter die Arme greift für den Moment. Doch muss für die Zukunft jeder der beiden Partner einen Schritt auf den anderen zugehen um die beste Lösung für die Region zu finden.

Auskunft:

Michel Schielly, Vizepräsident BDP Basel-Stadt, +41 79 533 84 26

Hubert Ackermann, Präsident BDP Basel-Stadt, +41 76 442 96 90

Basel, 19.11.15